

Welsch

Österreichisches Studienzentrum  
für Frieden und Konfliktlösung (ÖZ)  
Projektleitung: Thomas Rohrer

# DIALOG

Beiträge zur  
Friedensforschung

Band 58

---

LIT

Österreichisches Studienzentrum  
für Frieden und Konfliktlösung (Hg.)

Projektleitung: Thomas Roithner

# Söldner, Schurken, Seepiraten

Von der Privatisierung der Sicherheit  
und dem Chaos der „neuen“ Kriege

---

LIT

Umschlagbild: hypothese Wien, Matthäus Zinner

Lektorat/Register/Satz: draft fachlektorat frieden,  
Wilhelm Nolte, Hamburg

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-50099-1

© **LIT VERLAG** GmbH & Co. KG Wien 2010

Krotenthallergasse 10/8  
A-1080 Wien  
Tel. +43 (0) 1-409 56 61  
Fax +43 (0) 1-409 56 97  
e-Mail: [wien@lit-verlag.at](mailto:wien@lit-verlag.at)  
<http://www.lit-verlag.at>

**LIT VERLAG** Dr. W. Hopf

Berlin 2010  
Verlagskontakt:  
Fresnostr. 2  
D-48159 Münster  
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22  
Fax +49 (0) 2 51-922 60 99  
e-Mail: [lit@lit-verlag.de](mailto:lit@lit-verlag.de)  
<http://www.lit-verlag.de>

**Auslieferung:**

Deutschland: **LIT** Verlag Fresnostr. 2, D-48159 Münster  
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, Fax +49 (0) 2 51-922 60 99, e-Mail: [vertrieb@lit-verlag.de](mailto:vertrieb@lit-verlag.de)

Österreich: Medienlogistik Pichler-ÖBZ GmbH & Co KG  
IZ-NÖ, Süd, Straße 1, Objekt 34, A-2355 Wiener Neudorf  
Tel. +43 (0) 22 36-63 53 52 90, Fax +43 (0) 22 36-63 53 52 43, e-Mail: [mlo@medien-logistik.at](mailto:mlo@medien-logistik.at)

Schweiz: B + M Buch- und Medienvertriebs AG  
Hochstr. 357, CH-8200 Schaffhausen  
Tel. +41 (0) 52-643 54 30, Fax +41 (0) 52-643 54 35, e-Mail: [order@buch-medien.ch](mailto:order@buch-medien.ch)

## Inhaltsverzeichnis

THOMAS ROITHNER	
Der Krieg als „Chamäleon“? – Vorwort	9
GERALD MADER	
Friedenspolitik zwischen Realität und Utopie – Zukunftsbild einer Friedensuniversität	18
<b>Neue Tendenzen im Kriegsgeschehen</b>	<b>31</b>
HARALD MÜLLER	
Konflikte der Zukunft	31
WOLFGANG SCHREIBER	
Neue Kriege oder neue Gewaltkonflikte? Das Kriegsgeschehen unter den Vorzeichen der Globalisierung	47
ANNA GEIS	
Die Kontroversen über die „neuen“ Kriege der Gegenwart: Wie sinnvoll ist die Rede vom „Neuen“?	61
<b>Was erobern Piraten und Kindersoldaten? Die Akteure der heutigen Kriege</b>	<b>75</b>
VOLKER MATTHIES	
Piratenjagd am Horn von Afrika: Politökonomische Betrachtungen zu Beute, Jägern und Gejagten	75
MICHAEL PITTWALD	
„Neue Kriege“ – Neue Gewaltakteure? Zur Rolle von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten	93
HANS-JOACHIM HEINTZE	
Piraten, Warlords und zerfallende Staaten – versagt das Völkerrecht?	107

J. J. MESSNER Die Rolle des Privatsektors in internationalen Einsätzen: Über ethische Grundsätze beim Vertragsabschluss	123
ANDREAS ZUMACH Kommentar zu den Ausführungen von J.J. Messner	130
ERWIN A. SCHMIDL Söldner – Freiwillige – Soldaten: Gedanken zum Thema	132
<b>Globale Ökonomie und Gewaltökonomien in den heutigen Kriegen und Konflikten</b>	139
BIRGIT MAHNKOPF Piraten am Horn von Afrika – eine neue Gefahr für die globale Sicherheit?	139
MONIKA HEUPEL Diamanten-, Holz- und Drogenschmuggel: Die Gewaltökonomien der „Neuen Kriege“	165
JÜRGEN WAGNER Neue Kriege und Neoliberaler Kolonialismus: Systemadministration im Zeitalter des totalen Marktes	180
<b>Ursache und Wirkung am Beispiel Lateinamerika und Naher Osten</b>	201
SABINE KURTENBACH Kriegsökonomische Strukturen und Formwandel der Gewalt. Was wir aus den „alten“ Kriegen Lateinamerikas lernen können	201
MARGRET JOHANNSEN Der Gaza-Krieg 2008/2009 – Was lehrt uns die Wiederkehr des ewig Gleichen?	221
MAGDA SEEWALD Gender – Macht – Konflikt: Geschlechterverhältnisse im besetzten Palästina	236

**Alternativen und Ansätze aus Theorie und Praxis** 251

KARIN KNEISSL

Richtige Köpfe für Krisenprävention: Welche Diplomatie und Verhandlungsführung für die Verhinderung bzw. Bewältigung der neuen alten Kriege? 251

UELI MÄDER

Wie die Zivilgesellschaft auf neue soziale Konflikte antwortet 264

PETER STRUTYNSKI

Gewogen und zu leicht befunden: Von Militärinterventionen ist dringend abzuraten 280

ANDREAS PAPP, THOMAS PREINDL, MARTINA SCHLOFFER

Zivil-militärische Beziehungen – Zur aktuellen Debatte über das Verhältnis zwischen Hilfsorganisationen und Militärs in internationalen Kriseneinsätzen 298

JOHANNES M. BECKER

Haben wir ein neues Bild vom Krieg? Fragen an ein ruhiges Land 315

**Anhang**

FRANZ SIEDER

Der Gott des Friedens und der Gerechtigkeit – An den Leidenden der Welt nicht vorübergehen 325

Autorinnen und Autoren 328

Über den Herausgeber 331

Stichwortverzeichnis 333

Dialog – Beiträge zur Friedensforschung 340

SAFRAN – Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Rüstungskontrolle und Nachhaltige Entwicklung 342

## WIE DIE ZIVILGESELLSCHAFT AUF NEUE SOZIALE KONFLIKTE ANTWORTET

UELI MÄDER

Kriege der Gegenwart verlagern sich von klassischen, nationalistisch motivierten Grenzkonflikten in die Zentren der Zivilgesellschaft. Direkt betroffen ist die Zivilbevölkerung. Sie leidet unter terroristischen Anschlägen und unter dem „Kampf gegen den Terrorismus“, der noch mehr Tote verursacht. Die Bevölkerung leidet auch unter der Verknappung elementarer Energievorräte und Ressourcen. Als überaus problematisch erweisen sich nach dem peak oil die Versuche, das Wasser zu privatisieren und zu monopolisieren. Sie verschärfen gesellschaftliche Gegensätze und die soziale Brisanz. Betroffene reagieren verunsichert und empört. Öfters richtet sich ihre Wut gegen weitere Benachteiligte. Jedenfalls gehören soziale Gegensätze und Konflikte zu den großen Herausforderungen der Zivilgesellschaft. Sie stellen eine Form der vernachlässigten strukturellen Gewalt dar, machen sich vermehrt auch in westlichen Industrieländern bemerkbar und lassen uns fragen, wie die Zivilgesellschaft auf diese Konflikte reagieren kann.

Im Jahr 2008 thematisierte das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung an der Akademie Schläining die „Globale Armutsbekämpfung“. Wir diskutierten unter anderem über die weltweite soziale Ungleichheit, die sich im Widerstreit zur Verteilungsgerechtigkeit befindet und die globale Zivilgesellschaft stark fordert (Mäder 2009). Im Vordergrund stand die Interdependenz von Armut und Krieg. Krieg führt zu Armut und Armut zu Krieg. So lautete ein Fazit. Um diese Dynamik zu durchbrechen, postulierten wir einen globalen sozialen Ausgleich. Diese Forderung basiert auf der Annahme, dass Entwicklungspolitik originäre Friedenspolitik ist. Ähnliches gilt für eine Sozialpolitik, die sich konsequent für mehr soziale Gerechtigkeit engagiert. Sie ist ebenfalls Friedenspolitik und steht hier im Vordergrund. Dabei interessiert, wie zivilgesellschaftliche Strategien auf neue Kriege und soziale Konflikte reagieren (könnten).

## Das Einfache ist schwierig

Zivile Konfliktbearbeitung versteht sich als Alternative zur militärischen und primär staatlichen Intervention. Sie stützt sich mit ihren Aktivitäten auf interne zivilgesellschaftliche, aber auch auf öffentlich-rechtliche und internationale Einrichtungen ab. Zivile Konfliktbearbeitung will kriegerische Auseinandersetzungen vermeiden, Frieden schaffen und sichern. Soweit ein Verständnis, das die zivile Konfliktbewältigung weder auf zivile Träger, noch auf die Innenpolitik reduziert. Es gewinnt derzeit an Bedeutung. Das ist auch deshalb der Fall und notwendig, weil sich politische und gesellschaftliche Korrektive zur Kriegsproduktion aufweichen, was autoritäre Kräfte stärkt, die Ruhe und Ordnung versprechen.

Im Zentrum der zivilen Konfliktbearbeitung stehen „Formen des kontinuierlichen Umgangs mit gesellschaftlichen Konflikten“ (Weller 2007, S. 9). Dass das Primat ziviler Konfliktbearbeitung im Völkerrecht verankert ist, stützt diesen Zugang. Er berücksichtigt die vielen innerstaatlichen Kriege und sozialen Gegensätze sowie die enge Verknüpfung der Staaten- und Gesellschaftswelt. Die komplexen Formationen verlangen differenzierte Analysen. Sie stellen hohe Anforderungen auch an die kommunikative Verständigung. Das macht die Auseinandersetzung interessant. Die „Förderung von Menschenrechten und partizipativer Demokratie“ (Paffenholz 2006, S. 16) strebt eine lebendige Zivilgesellschaft an. Das Einfache ist allerdings schwierig zu verwirklichen.

Die Zivilgesellschaft (Mäder 2003, S. 366) zeichnet sich durch einen offenen Charakter und klar säkularisierte Grundlagen der Politik aus. Die Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind zentral. Sie manifestieren sich in gesellschaftlichen Protesten und sozialen Bewegungen, die eine Autonomie gegenüber staatlichen Einrichtungen postulieren. Die Zivilgesellschaft hat verschiedene Stränge. Ältere Staatstheorien thematisierten die Frage der „civil society“ bereits im 17. Jahrhundert. John Locke leitete damals gesellschaftliche Institutionen und Integrationsformen aus den Bedürfnissen der Individuen ab. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts engagierte sich im ehemaligen Ostblock die Bürgerinnen- und Rechtsbewegung dafür, die Zivilgesellschaft zu stärken. Soziale Bewegungen setzten sich während den siebziger Jahren auch in westlichen Industrieländern vermehrt für den Schutz ziviler Einrichtungen ein. Heute beeinflusst die Frage nach dem Rückzug des Staates die Debatten über die Zivilgesellschaft. Die Reaktivierung des Zivilen soll gesellschaftliche Aufgaben neu verteilen, den sozialen Zusammenhalt festigen und Konflikte mit zivilen Mitteln bewältigen. Die Zivilgesellschaft läuft aber Gefahr, einen Abbau sozialstaatlicher Leistungen kompensieren zu müssen und diesen Rückschritt unfreiwillig zu legitimieren.

Die Zivilgesellschaft steht in einer langen Tradition der Solidarität. Sie geht zunächst von Einzelnen, Familien, sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften, politischen und kirchlichen Organisationen aus. Im Vordergrund stehen selbst organisierte Aktivitäten außerhalb der Staats- und Marktsphäre. Die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat gilt als Kennzeichen der Moderne. Anthony Giddens (1997, S. 187) kritisiert diese Trennung. Seiner Auffassung nach ist „die Zivilgesellschaft nie bloß eine Reihe von Einrichtungen außerhalb des Staates gewesen“. Der Staat ist kein Selbstzweck. Er umfasst zahlreiche gesellschaftliche Institutionen und nimmt – auch über die Unterstützung ziviler Einrichtungen – Funktionen wahr, die von öffentlichem Interesse sind. Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sind ein wichtiges Instrument einer demokratischen Bewegung. Sie machen Probleme sichtbar, ziehen Mächtige zur Verantwortung und weiten die öffentliche Entscheidungsfindung aus.

Die Zivilgesellschaft engagiert sich gegen alte und neue Kriege. Sie drängt auf politische statt militärische Lösungen. Und sie wendet sich gegen Armut und soziale Ungleichheiten. Denn Armut erhöht die Gefahr gewalttätiger Konflikte. Sie führt zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Und umgekehrt. Mit wachsendem Wohlstand sinkt die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Allerdings sind auch reiche Gebiete von (Bürger-)Kriegen betroffen. Die Abhängigkeit eines Landes von Rohstoffexporten ist ein zentraler Risikofaktor. Darüber diskutierten wir an der letztjährigen Konferenz an der Akademie Schlaining auch darüber, wie der stark zentrumsorientierte Welthandel die Globalisierung relativiert und weite Bevölkerungskreise ausklammert. Der ungleiche Austausch beschert vielen Regionen erhebliche Verluste. Damit nimmt die soziale Ungleichheit weiter zu. Die Konzentration des Kapitals feudalisiert die Besitzverhältnisse. Der Globalismus schwächt politische und gesellschaftliche Verbindlichkeiten und stärkt borniert nationalistische und provinzialistische Strömungen. Wenn wir dem wirtschaftlichen Machtmonopol kein politisches und zivilgesellschaftliches Korrektiv entgegen setzen, begeben wir uns in ein autoritäres 21. Jahrhundert. Das betonte auch der liberale, im Juni 2009 verstorbene Soziologe Ralf Dahrendorf immer wieder.<sup>1</sup> Die Globalität stärkt hingegen die Zivilgesellschaft, die mit staatlichen Einrichtungen kooperiert und sich für die zivile Konfliktbewältigung engagiert.

## Wenn das so weitergeht

Wenn sich die sozialen Gegensätze weiter erhöhen, verschärft sich das Konfliktpotenzial. Das zeichnet sich derzeit im Kontext der akuten Finanz-

---

<sup>1</sup> Beispielsweise in der Sternstunde Philosophie im TV DRS, 17.12.2005.

krise ab, die zugleich eine Wirtschafts- und Systemkrise ist. Zum Hintergrund der Krise gehört die Ignoranz gegenüber der sozialen Brisanz und der sozialen Ungleichheit. Hinzu kommt das eigensinnige Bestreben, die einseitig definierte, materielle Wertschöpfung möglichst rasch zu erhöhen. Was ferner auffällt, sind die betriebsamen Versuche, die Krise mit jenen Mitteln lösen zu wollen, die sie verursacht haben. Die Systemfrage bleibt weitgehend ausgeklammert. Es genügt aber nicht, wie Elmar Altvater zu Recht (2006, S. 133) betont, den Kapitalismus nur ein wenig zu zivilisieren. Alternativen sind gefragt. Ich gehe zunächst auf die (Verdrängung der) Krise hinter der Finanzkrise und dann auf zivilgesellschaftliche Strategien ein.

Der schweizerische Bundespräsident Hans-Rudolf Merz erlitt vor ein paar Monaten einen Herzstillstand. Das war tragisch. Aber die „Maschine“ ist geflickt und funktioniert wieder – besser denn je, so der Finanzminister.<sup>2</sup> Er stellt seine Herzattacke wie ein äußeres Ereignis dar, das über ihn hereinbrach, als ob es mit ihm und seiner Lebensweise kaum etwas zu tun habe. Wenn wir so mit der Finanzkrise und den sozialen Konflikten umgehen, ereilt uns wohl bald ein noch gravierenderer Einbruch. Denn das Unbequeme lässt sich nur vordergründig verdrängen. Nach seinem zweiten Herzinfarkt erzählte mir ein Manager eines großen Schweizer Konzerns, er wolle jetzt nur noch vorwärts schauen und sich nicht mit dem befassen, was war. Aber mit so einer Flucht nach vorne läuft dieser Manager Gefahr, bald einen dritten Infarkt zu erleiden. Dieser fatale Mechanismus gilt für Individuen wie für gesellschaftliche Systeme, die ebenfalls hyperventilieren können.

„Aus den Augen, aus dem Sinn.“ Das gilt übrigens auch für den Umgang mit dem schweizerischen Bank(kunden)geheimnis, das Fluchtgelder deckt; und nicht erst Finanzminister Merz schob (trotz erheblichen Kritiken) die Problematik jahrelang auf die lange Bank.<sup>3</sup> Das Igelmuster ist verbreitet. Es hat auch eine kompensatorische Kehrseite, wie die großzügige Unterstützung der UBS-Bank durch den Bundesrat zeigt, der im Nu viele ungedeckte Kredite übernahm und somit indirekt die gleichwohl gewährten Boni<sup>4</sup> durch die öffentliche Hand subventionierte. Heute handeln, morgen denken, lautete das bekannte Motto. Aber das funktioniert nur kurzfristig. Wer ohne gründliche Analyse vom Problem direkt zu den

---

<sup>2</sup> In der Arena im TV DRS vom 7.11.2008 (und ähnlich in der Samstagrundschau von Radio DRS vom 12.11.2008).

<sup>3</sup> Bundespräsident Merz rechtfertigte sein Verhalten mit den Worten, man hätte ihn wohl für verrückt erklärt, wenn er ohne Druck von außen das Bankgeheimnis gelockert hätte. Nach: Ulrich Thielemann, Zurück zur Moral, TAM, Nr. 17, 25.4.2009, S. 14.

<sup>4</sup> Ein ehemaliger Chefbeamter der Basler Chemie bezeichnete mir gegenüber die hohen Boni in großen Unternehmen als „Schweigegeld“.

Lösungen vordringen will, verfehlt meistens das Ziel. Die Flucht nach vorne gehört zur selben Medaille wie der Rückzug ins Schneckenhaus.

Die Finanzkrise ist nicht neu. Sie hat viel mit dem (angelsächsisch geprägten) wirtschaftlichen Neoliberalismus zu tun, der darauf abzielt, die Verluste zu sozialisieren und die Gewinne zu maximieren bzw. zu privatisieren. Die neoliberale Ideologie setzt sich über die Maximen des politischen Liberalismus und ethischer Soziallehren hinweg, die eine soziale Verträglichkeit des Eigentums postulieren. Die neoliberale Ideologie favorisiert das fiktive Kapital, das produktiver zu sein scheint als die reale Arbeit. Sie privilegiert das Kapital zudem steuerlich, während sie die Arbeit streng registriert und belangt. Die selbst produzierte Finanzkrise fällt nun zunehmend auf die Realwirtschaft zurück. Sie trifft dabei jene besonders, die über wenige Ressourcen<sup>5</sup> verfügen. Sozial Benachteiligte müssen keine Million Franken oder Euro verlieren, um die Krise zu entdecken. Sie spüren die Folgen schon lange: in Lohneinbußen und in der Prekarisierung der Arbeit, die das Potenzial sozialer Konflikte auch in westeuropäischen Ländern erhöht.

In Deutschland wollte Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) den Arbeitsmarkt flexibilisieren, den Kündigungsschutz aufweichen, die Mindestlöhne nach unten korrigieren, die Zeit- und Leiharbeit erhöhen und die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen senken.<sup>6</sup> Diese Vorschläge führten zu heftigen Reaktionen. Sie ließen sich so nicht realisieren. Aber Reiche erlebten in den letzten Jahren eine erhebliche Entlastung ihrer Abgaben. Deutschland ist kein Hochsteuerland für Reiche, sondern für einfache Haushalte. Im September 2007 erhöhte die große Koalition die Mehrwert-Steuer auf 19 %. Ferner nahmen Kommissionsabgaben für Müll und Wasser zu. Fahrpreise stiegen für öffentliche Verkehrsmittel. Zwei Drittel der unteren Lohngruppen kommen für fast drei Viertel der Steuern auf. Seit zwölf Jahren gehen die Steuern für Reiche zurück. Seit 1997 gibt es keine Vermögenssteuer mehr. Das Bundesverfassungsgericht erklärte diese Besteuerung von Reichtum für verfassungswidrig!

In der reichen Schweiz leben eine Million Menschen (von 7,5 Mio.). Mitglieder der Haushalte erwerbstätiger Armer, sogenannter working poor,<sup>7</sup> sind sie sind arbeitslos, von der Sozialhilfe abhängig oder aus

---

<sup>5</sup> Mit Ressourcen sind hier (nach: Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1982) das ökonomische Kapital (Geld), das soziale Kapital (Netzwerke) und das kulturelle Kapital (Ausbildung) gemeint.

<sup>6</sup> Ausgeführt in: Pit Wuhler, *Steueroase für Reiche*, Wochenzeitung, Nr. 37, 10.9.2009, S. 8.

<sup>7</sup> Das Bundesamt für Statistik hat am 21.4.2009 neue Berechnungen zu den working poor in der Schweiz vorgelegt. Rund 150.000 Werkstätige seien betroffen. Das ist eine statistische Finte. Als working poor gilt nur, wer mindestens 36 Stunden pro Woche er-

psychischen Gründen behindert. Bislang ließen sich einige von ihnen einreden, sie hätten halt in der Schule besser aufpassen müssen, dann würden sie heute auch mehr verdienen.

Inzwischen belegen mehrere Studien, wie einseitig die Produktivitätsgewinne, die Vermögen und die verfügbaren Einkommen verteilt sind.<sup>8</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz wohl breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er Jahre veränderte sich die Situation. Die soziale Ungleichheit verschärfte sich deutlich, denn erstens nahm seither die Erwerbslosigkeit wieder zu. Zweitens halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt. Drittens orientiert sich das relativ gute System der Sozialen Sicherheit einseitig an der Erwerbsarbeit und vernachlässigt die veränderten Lebensformen (von Alleinlebenden, Alleinerziehenden, etc.). Und viertens erhöht sich die Kluft zwischen den oberen und unteren verfügbaren Einkommen.<sup>9</sup> Dass die relative Armut – im Sinne mangelnder sozialer Sicherheit – inmitten des Reichtums stattfindet, wird in stark individualisierten Gesellschaften wie der Schweiz subjektiv besonders als Ausschluss erlebt. In absoluten Zahlen haben sich die Betroffenen stark erhöht. Damit besteht ein relativ großes „Ausschlusspotenzial“. Noch viel stärker hat sich aber seit den rezessiven Einbrüchen der 1970er-Jahre und insbesondere seit dem hoffnungsvollen Einreißen der Berliner Mauer (von 1989) die Kluft bei den Vermögen vertieft. 3 % der privaten Steuerpflichtigen verfügen in der Schweiz über gleichviel steuerbares Nettovermögen wie 97 %.<sup>10</sup> Auch die Produktivitätsgewinne wurden zunehmend privatisiert. Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung ist massiv zugunsten des Kapitals und des Managements umgeleitet worden.

Das empört viele. Vor allem auch sozial Benachteiligte. Die transparenter gewordenen Ungerechtigkeiten führen dazu, dass resignative Verstimmung da und dort in Wut umschlägt. Hoffentlich fördert die Krise die Solidarität untereinander. Vielleicht nähern sich sogar das ebenfalls betroffene

---

werbstätig ist. Damit entfällt die große Gruppe der Alleinerziehenden, die wegen Haus- und Betreuungsarbeiten weniger Lohnarbeit verrichten. Zudem übergeht das Bundesamt für Statistik alle Kinder und weiteren Haushaltsangehörigen, die den Anteil der Betroffenen mehr als verdoppeln. Als Berechnungsansatz zählt das unterste Existenzminimum der Sozialhilfe. So lassen sich viele working poor wegdefinieren.

<sup>8</sup> Dazu: OECD, *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, Paris, Oktober 2008; Credit Suisse, *Das verfügbare Einkommen in der Schweiz*, Zürich, November 2008.

<sup>9</sup> Dazu: Ueli Mäder/Elisa Streuli (2002), *Reichtum in der Schweiz*, Zürich. Im Herbst 2010 erscheint eine von Ganga Jay Aratnam, Sarah Schilliger und Ueli Mäder stark aktualisierte Neuauflage.

<sup>10</sup> In Basel-Stadt ist die Kluft bei den Vermögen besonders ausgeprägt. 1 % der privaten Steuerpflichtigen verfügen über mehr steuerbares Nettovermögen als 99 %. Und 70 % der Steuerpflichtigen verfügen über kein steuerbares Nettovermögen.

(Klein-)Gewerbe und die Gewerkschaften an.<sup>11</sup> Von alleine kommt der Schulterchluss aber kaum zustande. Konkrete Handlungsalternativen sind nötig, sonst gelingt es neopopulistischen Kräften (noch mehr), die Wut und Verunsicherung für autoritäre Ordnungsstrategien zu instrumentalisieren, die Halt vermitteln, indem sie pauschalisieren und simplifizieren. Es gibt indes für zivilgesellschaftliche Strategien keine Alternative zum manchmal mühsamen, aber interessanten und bitter nötigen Versuch, zu differenzieren. So lassen sich auch neue soziale Schichten und Bevölkerungsgruppen mobilisieren, die sich populistischen Anbietungen entziehen wollen. Dabei hilft es, wenn zivilgesellschaftliche Anstrengungen ideologische Verklärungen gründlich analysieren und das Aufgedeckte verständlich kommunizieren.

Der wirtschaftliche Liberalismus, der stets auf Deregulierung drängte, stellt nun die Finanzkrise als Beleg für das Staatsversagen dar. Er wendet sich auch gegen den sozialen Ausgleich. In Deutschland fordern beispielsweise Gewerkschaften einen Mindestlohn von 7,5 Euro. Weniger verdienen 11 % der Arbeitnehmenden im Westen und 21 % im Osten.<sup>12</sup> Sie alle erhalten Löhne unter diesem niedrigen Ansatz. Aber das ist laut Neuer Zürcher Zeitung (16.4.2009, S. 26) nicht das Problem. Das Problem sei vielmehr die verlangte Lohnerhöhung. Die Gewerkschaften gefährdeten so diese billigen Arbeitsplätze. Die ebenfalls geforderte Reichtumssteuer<sup>13</sup> bezeichnet die NZZ (ebd.) als populistische Neidsteuer. Solche Vorschläge zur Ausbeutung einer kleinen Minderheit seien nicht nur populistisch, sondern auch kontraproduktiv, kritisiert die Zeitung weiter. Die Reichtumssteuer fördere nämlich die Steuerhinterziehung! Der wirtschaftliche (Neo-)Liberalismus versucht so (im Gegensatz zum politischen Liberalismus), die Kluft zwischen Arm und Reich ideologisch zu legitimieren und den sozialen Ausgleich zu diffamieren.

---

11 Auch Teile der Mittelschichten sind betroffen. Besonders jene, die sich besonders flexibel verhalten (müssen). Bislang führte die berufliche Mobilität überwiegend dazu, das Haushaltseinkommen zu verbessern. Inzwischen häufen sich (nach den Schweizerischen Arbeitskräfteerhebungen, SAKE) in der sogenannten Mittelschicht die finanziellen Abstiege.

12 NZZ, 16.4.2009, Nr. 87, S. 21: Die SPD bläst zum Verteilungsscharmützel. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

13 Die NZZ (16.4.2009) bezeichnet den Vorschlag, die Progression bei der Einkommens- und Vermögenssteuer anzuhoben, als „Griff der Linken in die steuerpolitische Mottenkiste“. Er soll auch staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise kompensieren.

## Friedenspolitik als strukturelle Sozialpolitik

Wer ein Problem bewältigen will, muss zunächst versuchen, die Ursachen und die Ursachen der Ursachen zu ergründen. Auslöser der hier stellvertretend diskutierten Finanzkrise sind gewiss die fahrlässigen Liegen-schaftskredite in den USA, die großen Risiken für hohe Renditen und die verdeckte Weitergabe von Papieren ohne Wert. Aber die Finanzkrise ist viel älter und umfassender. Sie dokumentiert nicht zuletzt das Gewinn- und Konkurrenzdenken, die Marktgläubigkeit und die Diffamierung des öffentlich-rechtlichen Korrektivs. Die Finanzkrise ist offenbar eine System-, Orientierungs- und Sinnkrise. Sie beinhaltet die Gefahr, dass soziale Konflikte eskalieren. Die Zivilgesellschaft muss indes die Krise als Aufhänger nehmen, um öffentlich wieder mehr nach dem Sinn dessen zu fragen, was wir tun. Schneller ist nicht immer besser. Und die permanente Optimierung der Effizienz erweist sich oft als bürokratischer Leerlauf und unproduktiver Stress. Die Zivilgesellschaft muss vor allem mit sozialen Strategien auf soziale Ursachen antworten, die sich hinter der Wirtschaftskrise verbergen. Sie muss Friedenspolitik als strukturelle Sozialpolitik betreiben und den sozialen Ausgleich voranbringen.

Zentral ist das zivilgesellschaftliche Engagement für eine bessere Verteilung von Arbeit und Einkommen. Aber welche Arbeit und welcher Lohn sind hier gemeint? Wenn wir mehr Ramsch produzieren, erhöht diese Arbeit zwar das Bruttoinlandsprodukt, aber die Produktion bringt ökologisch und ökonomisch mehr Kosten als Erlös. Die Wertschöpfung eines Arbeitslosen ist höher als jene eines Arbeiters, der irgendwelchen Plastik-Schnickschnack herstellt. Und die Reichen, die ihr Geld arbeiten lassen, sind mit ihren überhöhten Ansprüchen längst unbezahlbar. Wir können sie uns so nicht mehr leisten. Auch wegen den gefährlichen Konflikten, die sie verursachen. Halten wir uns also persönlich und mit zivilgesellschaftlichen Strategien mehr an die sinnvolle Arbeit. Beachten wir auch stärker die unbezahlte Arbeit.<sup>14</sup> Und setzen wir uns für eine soziale Sicherheit ein, die Arbeit und Einkommen teilweise voneinander entkoppelt und beispielsweise die Ergänzungsleistungen<sup>15</sup> auf alle Haushalte mit zu wenig Einkommen ausweitet. So wie die Altersrenten rentieren, würden auch diese zusätzlichen Ausgaben rentieren, den Menschen mehr Freiheit ermöglichen und das kreative Potenzial fördern.<sup>16</sup> Die konkrete Utopie ist Teil der

<sup>14</sup> Sie übersteigt in der Schweiz (mit rund 8 Mrd.) Stunden die bezahlte Arbeit (von rund 6,5 Milliarden Stunden).

<sup>15</sup> Sie gelten jetzt nur für Personen, die Anspruch auf Leistungen der Invaliden- oder Alters- und Hinterbliebenenversicherung haben.

<sup>16</sup> Die Leistungen der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) fließen direkt über Mieten und Konsumausgaben in die Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze und haben eine höhere Wertschöpfung als viele Investitionen. Wobei die Renten auch sinnvoll wä-

Realität. „Soyez réalistes, demandez l'impossible“ hieß ein 1968er-Slogan. Es lohnt sich, wenn zivilgesellschaftliche Perspektiven auch wieder größere Schritte für eine Zukunft mit Zukunft ins Auge fassen. Meine Vision: Wir engagieren uns dafür, die obersten Einkommen auf das Doppelte der untersten zu begrenzen. Oder etwas reformistischer: auf das Dreifache. So käme das meritokratische Prinzip wieder mehr zur Geltung. Leistung soll sich lohnen. Deshalb sollten wir uns auch dafür einsetzen, die großen Erbschaften von über einer Million Franken, die nach oligarchischem Prinzip mehrheitlich an Millionäre gehen, national zu besteuern.<sup>17</sup>

Es gibt in der Schweiz viel Reichtum ohne Leistung. Und es gibt auch viel Wachstum ohne Entwicklung. Daher erschallt überall der Ruf nach mehr Nachhaltigkeit. Sie bezieht sich u.a. auf die Gefahr neuer Umweltkonflikte, die zivilgesellschaftliche Strategien vermehrt berücksichtigen müssen. Dazu gehört die Frage, wie nachhaltig die Nachhaltigkeit ist? Oft erweist sie sich als Alibi; beispielsweise, wenn der steigende Privatverkehr trotz Katalysator mehr Energie verbraucht. Nachhaltig sind gewiss anti-zyklische Investitionen in erneuerbare Energien. Dafür muss sich die Zivilgesellschaft vehement engagieren. Zusammen mit dem Staat, bei dem übrigens auch immer zu fragen ist: welcher Staat? Der soziale Staat oder der ordnungspolitisch finanztechnokratische? Investitionen in erneuerbare Energien sind also wichtig. Die Warnung vor der so genannten „Ökoblase“ spricht nicht dagegen. Aber technizistische Lösungen sind von beschränkter Reichweite.

Wir alle sind herausgefordert, unsere Ökobilanz radikal zu verbessern: vom privaten Auto- bis zum billigen Flugverkehr, der kommende Generationen belastet. Unsere Kinder verdienen etwas Besseres. Auch vor den Haustüren: mehr Grün und Wohn- statt Autostraßen. Leben statt Profit. Unsere Lebensqualität realisiert sich nicht im Quantensprung von Wurst mit Brot zum Schnitzel mit Pommesfrites. Da sind viele kleine Schritte gefragt, die schon heute und morgen möglich sind. Sie stehen allerdings in einem größeren Kontext. Die regionale Solidarität verknüpft sich mit einer zivilgesellschaftlichen Globalität, die sich deutlich vom Globalismus unterscheidet, der die Welt als Supermarkt und den Menschen als homo oeconomicus betrachtet. Solidarität in der Globalität verlangt den globalen sozialen Ausgleich.

Sie verlangt von uns Privilegierten auch die Bereitschaft, faire und gerechte Preise zu bezahlen. Zum Beispiel für den Kaffee. Wenn die Preise für die industriellen Produkte steigen, die wir exportieren, dann sollte das auch bei den Rohstoffen und Primärgütern der Fall sein, die wir importieren. Mittlerweile erzielen aber viele Länder des Südens mit höheren

---

ren, wenn sie finanziell nicht rentierten.

17 Von den rund vierzig Milliarden Franken, die dieses Jahr vererbt werden, gehen laut Hans Kissling (Reichtum ohne Leistung, Zürich 2008, S. 35) rund die Hälfte an Millionäre.

Ausführen weniger Erlös. Mehr Leistung macht sich für sie nicht bezahlt. Was sie deprimiert, korrumpiert uns. Daher ist es gut, wenn sich zivilgesellschaftliche Strategien an das alte entwicklungspolitische Postulat „global denken, lokal handeln“ halten. Dabei sind, nebst zentralen sozialen Prägungen, auch unterschiedliche kulturelle Hintergründe einzubeziehen. Zivilgesellschaftliche Strategien müssen auch den „Hass auf den Westen“ und berücksichtigen, „wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren“ (Ziegler 2009). Dabei hilft es, wenn wir uns vergegenwärtigen, was (in Anlehnung an Jean-Paul Sartre) der Mensch aus dem machen kann, was die Gesellschaft und die Geschichte aus ihm gemacht haben.

### Fremdes im Vertrauten

Wenn wir fragen, wie wir Andere und Fremdes besser verstehen könnten, unterstellen wir schon, dass es möglich ist, Fremdes zu verstehen. Aber verstehen wir Fremdes? Wenn Fremdes das ist, was wir nicht verstehen, müsste unsere Frage anders lauten. Es sei denn, wir verstehen Fremdes am ehesten, indem wir es nicht verstehen. Dabei interessiert, wie kooperativ sich das Eigene und Fremde zueinander im Konflikt befinden. Wer die Dynamik zwischen dem Eigenen und dem Fremden verstehen will, muss das Eigene im Fremden und das Fremde im Eigenen bzw. das Fremde im Vertrauten entdecken. Dabei erscheint das Eigene als das Vertraute und das Fremde, mit dem sich das Eigene im Widerstreit befindet, als das Unvertraute. „Verstehen“ meint auch den schwierigen Versuch, einen andern Bezugsrahmen möglichst so wahrzunehmen, dass sich der „subjektiv gemeinte Sinn“ (Max Weber) nachvollziehen lässt.

Ob und wie wir Fremdes verstehen, hängt bei diesem heiklen Unterfangen unter anderem vom produktiven Umgang mit dem Konflikt zwischen dem Eigenen und dem Fremden ab. So ähnlich ließe sich eine These formulieren. Sie mag spontan einleuchten, ist aber weiter zu differenzieren. Denn das eigene Vertraute und das fremde Unvertraute sind keine klar voneinander trennbaren Bereiche. Es gibt viel Fremdes im Vertrauten und Vertrautes im Unvertrauten. Und das Vertraute im Unvertrauten ist nur scheinbar paradox. Georg Simmel verglich in seinem „Exkurs über den Fremden“ (1907) den Fremden mit einem Armen. Beide, der Fremde und der Arme, befinden sich in der Gesellschaft drinnen und draußen, nicht drinnen oder draußen. Der Fremde ist nicht der Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern der, der heute kommt und morgen vielleicht bleibt. Nähe und Distanz bilden eine Einheit. Das Nahe ist fern, das Ferne nah. Der Fremde ist, wie der Arme, ein Zugehöriger, der sich meistens nur teilweise außerhalb befindet. Weil er über wenig materielle Ressourcen verfügt, muss er besonders mobil und flexibel bleiben. Die ver-

ordnete Ungebundenheit bedeutet Zwang. Sie ermöglicht aber auch eine Beweglichkeit, die freiheitliche Momente beinhaltet und gerade deshalb Neid weckt und Vorurteile bestätigt. Aber wie lassen sich Vorurteile und Stereotype verhindern?

Gordon Allport legt in seinem Werk über „Die Natur des Vorurteils“ (1954) dar, wie wichtig persönliche Kontakte sind. Nach seiner Annahme können häufige Kontakte und gute Kenntnisse Vorurteile auflösen. Wesentlich sind allerdings die Bedingungen, unter denen die Kontakte stattfinden. Möglichst enge Kooperationen tragen am ehesten dazu bei, Vorurteile abzubauen. Anders äußert sich Theodor Adorno in seinem Werk über die „Autoritäre Persönlichkeit“ (1950). Er führt die Vorurteile auf keinen Mangel an Kontakten zurück. Sie wurzeln vielmehr in der inner-psychischen Dynamik des Individuums, die es psychoanalytisch und auf die Sozialisation bezogen zu deuten gilt. Wichtig ist wohl eine Synthese dieser Ansätze. Zudem eine Differenzierung zwischen sozialer und kultureller Fremdheit. Die soziale Fremdheit thematisiert die ausgrenzende Nicht-zugehörigkeit. Sie verlangt eine strukturell wirksame Integration. Die kulturelle Fremdheit beinhaltet indes die Chance, Unvertrautes bewusst und sinnlich erfahrbar zu machen.

Das Eigene und das Fremde sind also eng miteinander verknüpft. Das Eigene ist keine feste Kategorie. Es besteht nicht aus einem wahren, inneren Kern, den es zu entdecken gilt. Das Eigene entsteht prozessual und befindet sich stets im Wandel. Unser Ich ist ein werdendes Ich, das sich permanent verändert und nie ganz fassen lässt. Auch das Vertraute ist uns nie ganz vertraut. Es bleibt stets ein wenig unvertraut. Wenn wir uns ihm annähern, entdecken wir Fremdes. So wie wir im Fremden auch viel Vertrautes entdecken, wenn wir es nicht durch ausschließende Grenzen festzurren, um unser eigenes Ich zu stabilisieren. Nationalistische und kriegerische Sichtweisen zielen darauf ab, Grenzen aufzubauen, um sich über andere zu erheben. Doch die übermäßige Identifikation mit dem Eigenen zeugt von Unsicherheit. Sie bietet Halt, indem sie simplifiziert und pauschalisiert, statt differenziert. Das Fremde verkommt so zu einem weitgehend selbst produzierten Konstrukt. Die Abgrenzung ermöglicht Zugehörigkeit zum scheinbar Nicht-Fremden, das sich von Vorurteilen nährt.

Es gibt auch eine andere Nähe – eine Nähe durch Distanz. Eine Nähe durch Respekt vor dem Andern und Fremden, das sich uns stets entzieht und weder fassen noch vereinnahmen lässt. Sich fremd fühlen kann auch eine Form sein, die Nicht-Akzeptanz des Fremden nicht zu akzeptieren. Dieses Verständnis kontrastiert und relativiert vielleicht das intentionale Verstehen der hermeneutischen Tradition. Das Fremde bleibt fremd, indem es sich dem Zugriff entzieht und nicht identifizieren lässt. Auch das Verfremden sozialer Realitäten kann dazu beitragen, diese besser zu verstehen. Wer Fremde unter Fremden trifft, mag erfahren, dass nichts Menschliches ihm fremd ist und Menschen gleichwohl soziale Wesen sind. Wenn wir zur

Welt kommen, sind andere schon da. Das mag zu einer ersten narzisstischen Verletzung führen. Aber andere erleben Ähnliches. Und die zugelassene Fremdheit verbindet. Wer seine eigenen Ängste akzeptiert, findet eher Zugang zu ändern, ohne sie dadurch ganz zu verstehen.

Die Fremdheit verbindet also, indem sie bestehen bleibt. Sie hilft, das andere Ich als anderes Ich zu anerkennen. Die Akzeptanz setzt ein Ja zur Differenz voraus. Dazu gehört die Integration der eigenen Fremdheit. Sie ermöglicht eine Vertrautheit, die Ambivalenzen zulässt und darauf verzichtet, Ordnung durch rigide Normierung oder Homogenisierung herzustellen. Anstelle des symbiotisch Nahen oder des hochstilisiert Anderen ermöglicht das Selbstverständnis, dass Grenzen nur teilweise überwindbar sind, eine Vertrautheit mit sich und ändern. Der Ausbruch aus früherer Zwangsgeborgenheit in der „Kuhstallwärme der Gemeinschaft“ (Theodor Geiger) hat zu mehr sachlicher Distanz geführt. Doch bei der angestrebten Coolness ist es heute vielen allzu cool geworden. Das kann die Bereitschaft fördern, neue Verbindlichkeit zu suchen. Dies allerdings aus freien Stücken. Im Sinne einer widerständigen Verbindung zwischen vertrauter Fremdheit und fremder Vertrautheit, die das Fremde im Eigenen und das Eigene im Fremden sieht und so ein wenig versteht.

## **Zivilcouragierte Identität**

Die Zivilgesellschaft setzt sich, über institutionelle Analysen hinaus, mit Prozessen der Machtkonzentration auseinander. Ältere Ansätze der Konfliktforschung (Galtung, Senghaas) betonen strukturelle Ursachen. Neuere konzentrieren sich stärker darauf, Konfliktdynamiken zu dekonstruieren und die situative Konfliktdynamik zu erhellen. Das beinhaltet die Gefahr einer Entpolitisierung.<sup>18</sup> Was eine Zivilgesellschaft konkret leisten kann, diskutieren Thania Paffenholz und Christoph Spurk (2006, S. 16-17). Je intensiver sich eine Zivilgesellschaft an Friedensverhandlungen beteiligt, lautet eine Erkenntnis, desto stabiler ist das Friedensabkommen.

Da gäbe es nun viel zu ergänzen. Viele wertvolle Vorschläge finden sich in der Schrift zum 80. Geburtstag von Gerald Mader (Senghaas 2006). Sie vermitteln den Eindruck, es sei doch schon fast alles gesagt. Aber weitere engagierte Forschung ist unabdingbar. Auch zur Frage, wie sich der normativ postulierte und wissenschaftlich fundierte „konstruktive Pazifismus“ sowie Kenntnisse über Konfliktphasen und Konfliktdynamiken verbreiten lassen, die wiederum konkrete Maßnahmen qualifizieren. Nach einem gewaltsamen Konflikt können vor allem Schutz, Monitoring, An-

<sup>18</sup> Werner Ruf weist immer wieder darauf hin (2009, S. 133). Ich gehe an anderer Stelle (2009, S. 101) weiter darauf ein. Wilfried Graf (2009, S. 50 ff.) regt dazu an, Johan Galtung weiterzudenken und verschiedene Ansätze der Konfliktforschung zu integrieren.

waltschaft und öffentliche Kommunikation hilfreich sein. Die internationale Gemeinschaft soll dabei nicht einfach bekannte Organisationen, sondern gezielt lokale zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützen. Wichtig sind aber auch gründliche Kenntnisse darüber, wie sich Macht konstituiert und realisiert. Bei unserer neuen Reichtumsstudie, die im Jahr 2010 erscheint, interessieren uns unter anderem die globale Vernetzung einflussreicher Personen, aber auch Hinweise auf die Bereitschaft zur Selbstreflexion. So erzählten uns einzelne Reiche bei den Interviews, dass ihnen die zunehmende soziale Kluft große Sorgen bereite. Denn diese Entwicklung könnte den sozialen Frieden aufbrechen und zu massiven Konflikten mit lauter Verlierenden führen.

Interessant war für mich auch die Erfahrung, die ich in einem Konfliktseminar mit Managern eines großen Unternehmens machte. Ich stellte vier Konfliktmodelle vor. Der Blitz symbolisiert das konfliktdynamische Modell, die Waage das harmonische, die Blume das organische, das Räderwerk das mechanische. Alle Manager favorisierten den Blitz und mokierten sich über konsensbeflissene Akteure. Die Waage lässt keine Dynamik zu, argumentierten sie. Bei der anschließenden Reflexion änderte sich der Tenor. Die harsche Kritik an der Waage erwies sich teilweise als Kritik an die Adresse des eigenen Schattens. Ich lehne ab, was ich mir wünsche, aber nicht zugestehe. Der Blitz zerstört viel, lautete dann eine Erkenntnis. Der Blitz entfacht Feuer und entlädt sich erst nach einem Energiestau. Zum Stau kommt es unter anderem deshalb, weil Probleme nicht direkt angegangen werden. Der Blitz ist jedenfalls weniger konfliktfreudig als sein Ruf. Zudem ersehnt sich mancher Blitztyp insgeheim mehr Ausgleich. Kritisch äußerten sich die Manager auch zur Blume. Das organische Wachstum gewährt viel Zeit und individuelle Eigenheit. Die arbeitsteilige Wirtschaft verlangt indes hohe Funktionalität. Rädchen sind austauschbar. Ihr Output lässt sich planen. Die Flexibilität ist jedoch in einem organischen Modell eher möglich. Die Konfliktforschung kennt längst die Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle. Am Anfang eines Konfliktes begünstigt ein organischer Ansatz einen kreativen Umgang. Die Waage empfiehlt sich bei hoher Verletzlichkeit. In einer operativen Abschlussphase ist indes verlässliches Räderwerk gefragt. Und sind Positionen festgezurr, kann ein Gewitter sehr heilsam sein. Wichtig ist die Sensibilität für die Vorteile unterschiedlicher Modelle und dafür, wann sich welches Modell empfiehlt. Das gilt für die Mikro-, Meso- und Makroebene. Forschung und zivilgesellschaftliches Engagement sind auf allen Ebenen notwendig. Zentral bleibt für mich indes der strukturelle soziale Ausgleich. Er verbessert die Chancen der zivilen Konfliktbearbeitung, regional und global.

Was ich mir sonst noch vom zivilgesellschaftlichen Engagement erhoffe, deute ich symbolisch mit Bertold Brechts Geschichte „Weise am Weisen ist die Haltung“ an. Zu Herrn Keuner kam ein Gelehrter und erzählte ihm von seiner Weisheit. Nach einer Weile unterbrach ihn Herr

Keuner: „Du sitzt unbequem“, sagte er. Der Gelehrte erwiderte zornig: „Nicht über mich wollte ich etwas wissen, sondern über das, was ich Dir eben vermittelte.“ – „Es hat keinen Inhalt“, entgegnete ihm Herr Keuner. „Du redest dunkel, und es ist keine Helle, die du schaffst. Sehend deine Haltung, interessiert mich dein Ziel nicht.“ Ja, Zivilgesellschaft hat etwas mit dem aufrechten Gang zu tun. Diese Haltung verlangt, dass Wort und Tat übereinstimmen und wir auch bereit sind, uns zu exponieren.

Zur Haltung gehört also auch Mut.<sup>19</sup> Damit wir dabei nicht mit wehenden Fahnen untergehen, ist auch etwas Pragmatismus nötig. Aber bitte nicht zu viel. Bertold Brecht beschreibt in den Wendungen von Me-ti, wie dieser Sozialphilosoph seinen Freund Antse verteidigte. Die Studierenden kritisierten nämlich ihren Mathematiklehrer, weil er im Alter nur noch einfache Aufgaben zu lösen vermochte. „Wer über einen großen Fluss muss“, erklärte Me-ti, „sucht am besten eine seichte Stelle aus. Er schmeißt sich nicht dort ins Wasser, wo es am tiefsten ist und der Fluss am meisten reißt.“ Statt fremde Erwartungen zu erfüllen, schont der zivilcouragierte Pragmatismus seine eigene Kraft. Wir müssen nicht alles tun, was wir tun können. Wir können uns auch verweigern und dem gängigen Muster von Sieg und Niederlage entziehen. Die Frage „Was verliere ich, wenn ich nicht gewinne?“ kontrastiert die Sozialisation, die uns von Kindesalter an lehrt, wie wir von den Schwächen anderer profitieren können. Das zivilgesellschaftliche Engagement versucht, diesen Mechanismus zu durchbrechen, der die Solidarität unterläuft. Das zivilgesellschaftliche Engagement versucht auch, die mutige Haltung und Weigerung miteinander zu verbinden; ebenso die gründliche Analyse mit dem offensiven Handeln.

Neue Komplexitäten erfordern ein Differenzierungsvermögen, das pluralistische Strukturen und gegenläufige Tendenzen berücksichtigt. Ältere Identitätskonzepte basierten auf relativ einheitlichen sozialen Voraussetzungen. Die viel gepriesene Authentizität strebte eine möglichst umfassende Kongruenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit an. Heute ist es unabdingbar, zivilcouragierte Identitäten zu entwickeln, die Widersprüche zulassen und in der Lage sind, mit Offenheiten umzugehen, ohne alles offen zu lassen und in Beliebigkeit abzudriften. Eine zivilcouragierte Identität zeichnet sich durch die Bereitschaft aus, Ambivalenzen einzugestehen. Sie entsagt jener bedrückenden Gemütlichkeit, die trügerisch Halt verspricht, erfordert aber klare Verbindlichkeiten, die zwischen allen Beteiligten auszuhandeln und zu erstreiten sind. Die Zivilgesellschaft muss sich gegenüber dominanten Wirtschaftsmächten und etablierter Politik als starke Kraft offensiv einbringen. Sie kann sich dabei an einem Graffiti der Jugendbewegung orientieren: „Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.“

---

<sup>19</sup> „Wer in seinem Leben nicht immer wieder scheitert, macht etwas falsch“, schreibt Konstantin Wecker in seinem Buch über „Die Kunst des Scheiterns“ (2007).

## Literatur

- Altwater, Elmar (2006), Die Zivilisierung des Kapitalismus?, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.) (2006), Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert, Wien/Berlin, S. 15-33.
- Bergman, Max / Imbusch, Peter / Mäder, Ueli / Nollert, Michael (Hrsg.) (2009), Neue Kriege, Sonderausgabe der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie, Heft 2, Zürich 2009.
- Giddens, Anthony (1997), Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt/Main.
- Graf, Wilfried (2009), Kultur, Struktur und das soziale Unbewusste, in: Isop, Uta / Ratkovic, Victorija / Wintersteiner, Werner (Hrsg.) (2009), Spielregeln der Gewalt, Bielefeld, S. 27-67.
- Maeder, Christoph / Mäder, Ueli / Schilliger, Sarah (Hrsg.) (2009), Krieg, Zürich.
- Mäder, Ueli (2009), Globale soziale Ungleichheit versus Verteilungsgerechtigkeit. Zur Interdependenz von Armut und Krieg, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Thomas Roithner (Hrsg.), Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien, Münster/Wien, S. 91-103.
- Mäder, Ueli (2003), Zivilgesellschaft, in: Carigiet, Erwin / Mäder, Ueli / Bonvin, Jean-Michel, Wörterbuch der Sozialpolitik, Zürich, S. 366-367.
- Mäder, Ueli / Streuli, Elisa (2002), Reichtum in der Schweiz, Zürich.
- Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (2009), Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd?, ÖSFK / Thomas Roithner (Hrsg.), Berlin/Wien.
- Paffenholz, Thania / Spurk, Christoph (2006), Frieden schaffen ohne Waffen: Der Beitrag der Zivilgesellschaft, in: UniPress 129, Bern, S. 16-17.
- Ruf, Werner (2009), Armut – Reichtum – Krieg. Europa in einer globalisierten Welt, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Thomas Roithner (Hrsg.), Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Berlin/Wien, S. 119-134.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.) (2006), Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert, Wien/Berlin.

Simmel, Georg (1907), Exkurs über den Fremden, in: Ders., Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Gesamtausgabe, Bd. 11, Frankfurt/Main, S. 764-771.

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (2003), Perspektiven 2015, Armutsbekämpfung und Krisenintervention, Bonn.

Weller, Christoph (Hrsg.) (2007), Zivile Konfliktbearbeitung, Aktuelle Forschungsergebnisse, INEF-Report 85.

Ziegler, Jean (2009), Der Hass auf den Westen, München.